

SOZIALE PROTESTE KRISEN JUGENDARBEITSLOSIGKEIT PROTEST- UND JUGENDBEWEGUNGEN UNGLEICHHEIT LOSUNGEN VISIONEN ARMUT ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Soziale Protest- und Jugendbewegungen in Europa – Visionen für ein anderes Europa?

Fritz-Erler-Forum Baden Württemberg, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung

DOKUMENTATION JANUAR 2013



Anlässlich der anhaltenden Krise in Europa fanden Ende November und Anfang Dezember 2012 drei Veranstaltungen des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg und des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung in München und Ulm statt: eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zu Jugendarbeitslosigkeit in Europa, ein Workshop-Projekt zu sozialen Protest- und Jugendbewegungen, sowie eine Fishbowl-Diskussion unter dem Titel „Vom

Protest zur Politik – Visionen für ein anderes Europa“. Mit zahlreichen Gästen aus Spanien, Griechenland, Frankreich und Deutschland wurden die Probleme erörtert, die den Protesten zugrunde liegen, ihr Charakter diskutiert und mögliche Lösungsansätze aus der Krise entworfen. Mit dieser Dokumentation möchten wir einen zusammenfassenden Einblick in die wichtigsten Aspekte der Veranstaltungen geben.



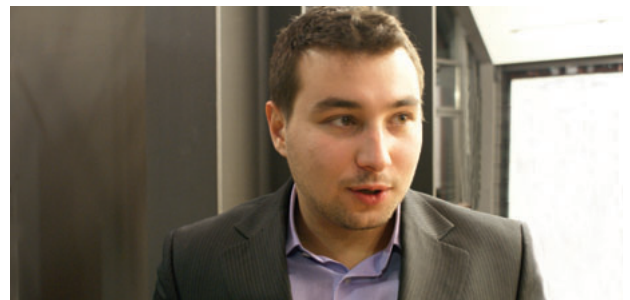
Helena Schulz Jimeno, Politikwissenschaftlerin

EUROPA IN DER KRISE – BERICHTE AUS DER HEIMAT

„In **Spanien** liegt die Arbeitslosenquote bei 25 Prozent, das sind fast sechs Millionen Menschen, die keine Arbeit haben. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 50 Prozent in der Altersgruppe unter 25 Jahren und bei 43 Prozent in der Altersgruppe unter 30. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit ist ein Problem, die liegt bei 40 Prozent in der Altersgruppe unter 30. Die Krise in Spanien hält an, und das schon seit vier Jahren. 1,7 Millionen Menschen in Spanien haben überhaupt kein Einkommen mehr, also weder Arbeitslosengeld, noch ein normales Gehalt oder Sozialhilfe. Die Familien verarmen zusätzlich durch Verschuldung. Durch die Arbeitslosigkeit können sie ihre Schulden nicht mehr bezahlen. Bis vor kurzem gab es auch ein großes Problem mit Zwangsraäumungen. Jeden Tag wurden rund 500 Familien in Spanien von der Polizei aus ihren Wohnungen geholt, weil sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten. Das sind tausende Familien in einem Jahr. Das war natürlich ein großes gesellschaftliches Drama, einige von ihnen haben sich sogar umgebracht. Dabei steigt auch die Ungleichheit in Spanien immer mehr. Es gibt immer mehr Arme, aber es gibt auch einige, die viel reicher sind als früher. Laut einer Studie ist Spanien das viert ungleichste Land in der Europäischen Union. Nach Rumänien, Litauen und Lettland. Die Daten sprechen für sich. Vielen in Spanien bleibt durch diese Armut nur noch Almosen als Ausweg. Die Caritas Spanien berichtet, dass jeder dritte Besucher der vollkommen überfüllten Suppenküchen ein neuer Bedürftiger ist. Es sind Leute, die früher selbstständig waren und es heute nicht mehr sind. Ein anderer Ausweg für betroffene Spanier ist Auswanderung. Und da werde ich für meine verwandtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland beneidet. Im ersten Halbjahr 2012 waren es schon 40.000 Spanier, die das Land verlassen haben. Trotz dieser dramatischen Lage, die sich immer weiter verschlechtert, kündigt die Regierung immer neue und immer mehr Kürzungsprogramme an. 2012 wurden 62 Milliarden Euro gespart, 2013 sollen noch weitere 40 Milliarden gespart werden. Wie und woher, das wissen wir nicht. Die Proteste nehmen natürlich zu. Sie

kennen wahrscheinlich alle die Bewegung der Indignados, die sich 2010 als Protest gegen die Aushöhlung des Wohlfahrtsstaates und der Demokratie in Spanien gegründet hat. Auch die Gewerkschaften fordern eine Umsteuerung im Krisenmanagement. Erst vor einem Monat hatten wir unseren letzten Generalstreik.“

Helena Schulz Jimeno ist Politikwissenschaftlerin und seit 2007 verantwortlich für Mittel- und Osteuropa, sowie Kommunikation in der Internationalen Abteilung des Gewerkschaftsbundes Spanien. Ihre Interessenschwerpunkte liegen bei Neuen Medien, Jugendbewegungen und politischer Partizipation.



Charalampos „Babis“ Karpouchtsis, Stipendiat der FES

„Die Jugendarbeitslosigkeit in **Griechenland** ist extrem hoch, sie beträgt 55 Prozent. Meine Freunde haben zum Beispiel kein Geld mehr um mit mir Kaffee trinken zu gehen. Das klingt jetzt ganz banal, aber das ist schon komisch, wenn 25-Jährige, mit denen du aufgewachsen bist, dir sagen, „Babis, ich hab kein Geld mehr, ich brauche fünf Euro von dir“. Das sind Leute, die Tag für Tag arbeiten, aber seit drei Monaten nicht mehr bezahlt wurden. Die meisten, die arbeitslos sind, haben in der Regel ein Studium abgeschlossen. Auch ich mit einem deutschen Bachelorabschluss und einem Master aus England würde in Griechenland keinen Job finden. Und wenn ich einen finden würde, dann würde es heißen, „Babis, geh arbeiten für 500 Euro“. Dann arbeitest du zehn Stunden am Tag, die Sozialversicherung ist schlecht, die Krankenversicherung ist schlecht und Rente wirst du sowieso keine bekommen. Es ist einfach frustrierend. Viele Leute sind so schockiert von der Situation, dass sie entweder erstarren und gar nichts mehr machen oder gleich das Land verlassen. Griechenland war ja immer ein Migrationsland. Wie früher ziehen heute wieder 20 Prozent der Jugendlichen, insbesondere der gut ausgebildeten, weg. Viele nach Deutschland, Skandinavien, nach Australien oder Amerika. Es erschreckt mich, denn es ist wie in den 50er oder 60er Jahren. Eine dritte Variante gibt es auch noch: Rechtsradikalismus. Und das ist etwas, das mir sehr viel Angst einjagt. Griechenland hat eine faschistische Vergangenheit und eine nazistische natürlich auch. Wir dachten, das wäre eigentlich vorbei. Die neonationalis-

tische Partei „Goldene Morgenröte“ kriegt bald zwölf Prozent und wird damit die drittgrößte Partei Griechenlands. Inzwischen werden schon Schwule und Schwarze, Pakistans oder Afghanen auf den Straßen in Thessaloniki zusammengeschlagen, einfach so. Man muss sich vorstellen, im Schwulenviertel kommt auf einmal eine Gruppe von 30 Leuten mit Knüppeln in eine Kneipe und fängt an Leute zu schlagen. Das klingt nach Weimarer Republik 1929, aber das ist Alltag in Griechenland! Es ist frustrierend, wenn du weißt, du hast studiert, du kannst englisch, du hast Praktika gemacht und warst vielleicht im Ausland, aber wenn du rauskommst aus der Uni, hast du nur ein Papier, das du wegschmeißen kannst. Es ist nichts wert. Du bist wertlos. Und so denkt eine ganze Generation, sie wären Verlierer.“

Charalampos ‚Babis‘ Karpouchtsis, Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat Politikwissenschaft in Berlin und Europäische Studien in England studiert. Diesen Herbst hat er unter anderem ein Praktikum im Bürgermeisterbüro von Thessaloniki gemacht. Bald wird er über Europäisierungsprozesse in Griechenland an der Sussex Universität in England promovieren.

EINE BESCHÄFTIGUNGSGARANTIE FÜR EUROPA: DIE YOUTH-GUARANTEE

Mit einer ‚Jugendgarantie‘ will die Europäische Union die hohe Arbeitslosigkeit der rund 5,5 Millionen jungen Menschen in Europa bekämpfen. Demnach sollen alle EU-Bürger unter 25 Jahren Anspruch auf einen qualifizierten Job, eine Weiterbildung oder eine Lehre haben. Und das spätestens vier Monate nachdem sie die Schule verlassen haben oder arbeitslos geworden sind. Der Vorschlag wurde von EU-Sozialkommissar Lázló Andor Anfang Dezember 2012 in Brüssel vorgestellt. Vorbild für das Maßnahmenpaket waren die erfolgreichen Beschäftigungsgarantien in Österreich und Finnland. Mehr Informationen zur Youth Guarantee unter: ec.europa.eu/social/youthemployment



„KEINER DARF DAS GEFÜHL HABEN, ER WIRD NICHT GEBRAUCHT“

Johannes Kopf über die Jobgarantie in Österreich

Wie eine erfolgreiche Jobgarantie für junge Menschen in Europa aussehen kann, davon berichtet Johannes Kopf, Vorstand des Arbeitsmarktservice Österreich. Er und seine Kollegen wurden in den vergangenen Wochen und Monaten oft eingeladen, um über ihre Erfahrungen zu berichten. Inzwischen wird das Modell in ganz Europa diskutiert und gilt als Vorzeigebispiel für einen gelungenen Ansatz im Kampf gegen hohe Jugendarbeitslosigkeit.

„Nach dem Modell des Arbeitsmarktservices Österreich verspricht die Ausbildungsgarantie, dass jeder Jugendliche im Land eine Lehre machen kann, auch wenn er keine Lehrstelle findet“, erläutert Kopf das Konzept. „Das bedeutet konkret, dass wir vom Arbeitsmarktservice seine Ausbildung organisieren.“ Während sich in Österreich die Arbeitslosenquoten von Akademiker/innen, Abiturienten und Lehrlingen innerhalb der letzten 20 Jahre relativ konstant entwickelt hätten, habe sich die Anzahl derer, die nur ihre Schulpflicht erfüllt haben, verdoppelt. „Die Hälfte aller Arbeitslosen in Österreich war nur auf der Pflichtschule“, erläutert Johannes Kopf, „und genau da setzen wir an“.

Der Grund für den einseitigen Trend in der Arbeitslosenstatistik ist laut Kopf die zunehmende Spezialisierung auf dem Arbeitsmarkt. „Früher haben wir einen Lagerarbeiter vermittelt, wenn er stark war, heute muss er mindestens Lagerlogistiksoftware bedienen, mit Kunden kommunizieren und Staplerfahrer sein.“ Selbst für einfache Tätigkeiten brauche man heute einen höheren Abschluss. Für junge Menschen, die nur eine niedrige Ausbildung haben, gibt es daher immer weniger freie Stellen. „Jugendliche mit Pflichtschule werden in Österreich dreimal so schnell arbeitslos, wie junge Menschen mit einem Lehrabschluss.“ Diesen europaweiten Trend aufzufangen, ist aus Sicht von Johannes Kopf die größte politische Herausforderung der kommenden zehn Jahre. Sein Programm richtet sich besonders an Jugendliche, die trotz intensiver Suche keine Ausbildungsstelle gefunden oder ihre Lehre abgebrochen haben. „In manchen Regionen gibt es einfach nicht genug Lehrstellen oder die Jugendlichen sind einfach zu schlecht, dass sie überhaupt ein Betrieb nimmt“, so Kopf, „da hat dann offenbar das Bildungssystem versagt.“

Um das aufzufangen, bildet der Arbeitsmarktservice in eigenen Lehrwerkstätten mit qualifizierten Ausbildern in insgesamt 100 verschiedenen Lehrberufen aus. Um auch Dienstleistungsberufe, die im Gegensatz zum

Handwerk nur schwer in den Lehrwerkstätten zu imitieren sind, anbieten zu können, kooperiert der Arbeitsmarktservice auch mit richtigen Betrieben. So wird die duale Ausbildung zu einer trialen: ein Tag Berufsschule, zwei Tage in der Ausbildungseinrichtung, wo den Jugendlichen alles beigebracht wird und zwei Tage im Betrieb. „Den Betrieben zahlen wir Geld, dass die Jugendlichen von ihnen für uns ausgebildet werden.“ Und auch die Lehrlinge werden für ihre tägliche Arbeit vom Arbeitsmarktservice entlohnt: „Das Gehalt ist natürlich etwas niedriger als normal, denn es soll ja ein Anreiz entstehen, wieder selbst raus in die Wirtschaft zu gehen.“ In 50 Prozent aller Fälle gelingt es dem Team vom Arbeitsmarktservice, dass die Jugendlichen schon das zweite Lehrjahr in einem richtigen Betrieb machen können, verweist Kopf auf den Erfolg der Ausbildungs-garantie: „Darauf sind wir natürlich stolz.“ 19 Prozent der Jugendlichen bleiben laut Statistik im geförderten Lehrprogramm, acht Prozent haben zumindest kurzzeitig einen Job, 13 Prozent werden anschließend wieder arbeitslos und zehn Prozent hören ganz auf zu arbeiten. „Ein gutes Viertel schafft es also nicht, aber wir haben immerhin knapp drei Viertel, die es dann geschafft haben.“ Es gibt allerdings Jugendliche, erzählt Kopf, für die ist die geförderte Ausbildung des Arbeitsmarktservices immer noch zu schwer. Für sie wurde jetzt ein neues Angebot geschaffen, so genannte Produktionsschulen. Sie sind insgesamt noch niederschwelliger ausgerichtet. „Das ist ein wichtiger Ansatz. Denn in der Zeit zwischen 15 und 18 soll möglichst kein Jugendlicher das Gefühl haben, er wird nicht gebraucht.“



Linus Förster, Mitglied des bayerischen Landtags

IST DAS JETZT JUGENDREVOLTE?!

Der bayerische Politiker Linus Förster über den Stand der Diskussion in Brüssel und wie die Proteste auf Europas Straßen in der Politik ankommen.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist für den bayerischen SPD-Politiker Linus Förster eine „schreiende Ungerechtigkeit, gegen die dringend was getan werden muss“. Laut dem Landtagsabgeordneten ist auf dem Kongress der S&D, der sozialdemokratischen Fraktion im europäischen Parlament, stark für die Youth Guarantee geworben worden. Problematisch sieht der Delegierte allerdings die Finanzierung des Projektes. Obwohl das Gesamtprojekt mit 5,5 Millionen Euro kalkulierter Kosten vergleichsweise günstig sei, findet Förster es schwierig, den Bürgerinnen und Bürgern erneut ein Programm zu erklären, in dem alle in einen großen Topf einzahlen, das Geld jedoch nie in Deutschland ankommen wird. „Ich weiß, dass wir solche Probleme europäisch lösen müssen. Aber das wird vom deutschen Wähler nicht sonderlich honoriert, um es einmal provokativ zu sagen.“

Dass die ausweglose Situation der jungen Menschen in Europa zu Jugendrevolten führt, ist für den Politiker nur verständlich. „Die Jugendlichen protestieren, aber protestieren sie vielleicht nicht genug? Protestieren sie zu wenig bedrohlich?“ Nach Ansicht des Politikers wird in Brüssel zwar wahrgenommen, dass es Protest in Europa gibt, dieser mache jedoch noch niemandem Angst. Die Forderungen der jugendlichen Protestierenden, die Gewinner der Krise stärker in die Verantwortung zu nehmen oder Banken zur Rechenschaft zu ziehen, vermutet Förster, seien vielleicht auch nicht radikal genug. „Ist das jetzt Jugendrevolte? Oder ist es nicht das, was wir Politiker als Sozialdemokraten, als Grüne oder gar manche der Freien Wähler sowieso fordern?“ Kaum jemand in der europäischen Hauptstadt weise darauf hin, dass die dramatische Situation der Jugendlichen ganz Europa angeht und der Gefahr von Radikalisierung und Extremismus dringend entgegengetreten werden müsse. „Denn“, warnt der Politiker, „soziale Ungerechtigkeit erzeugt auch sozialen Unfrieden.“

Linus Förster, MdL, ist jugend- und europapolitischer Sprecher der SPD in Bayern und Delegierter beim S&D Kongress in Europa.



Die Veranstaltung in München (v.l.n.r.): Anna-Lena Koschig (BayernForum der FES), Linus Förster (MdL), Helena Schulz Jimeno, Charalampos Karpouchtsis, Stefan Rappenglück (Moderator, Hochschule für angewandte Wissenschaften, München) und Johannes Kopf (Vorstand Arbeitsmarktservice Österreich).

ERGEBNISSE AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

AG I: Vom Gespräch bis zur Demo: Die griechische Jugendbewegung und ihre Kooperation mit anderen Akteuren.

Input: Charalampos Karpouchtsis, griechischer Student und Stipendiat der FES

Die Jugendproteste in Griechenland gehen von den linken Bewegungen im Land aus. Anders als in Spanien, existiert keine „nationale Einheit“, sondern eine große Zersplitterung der Linken, die den Jugendprotest vorantreibt. Nichtsdestotrotz herrscht Solidarität zwischen den verschiedenen Jugend-, Gewerkschafts- und Arbeitnehmergruppen. Die Themen, die Jugendliche betreffen, wie die extrem hohe Arbeitslosigkeit oder Bildungspolitik, hängen sehr stark mit der derzeitigen Gesamtpolitik im Land zusammen, die sich allein auf das Sparen konzentriert. Da Griechenland ein Zentralstaat ist, wird die gesamte Politik im Land von Athen aus gesteuert. Viel Wut der Menschen richtet sich speziell auf die Troika und damit auf die gesamte EU. Durch Dezentralisierung könnten politische Prozesse von den Menschen besser überwacht und so das gesamte politische System demokratischer gestaltet werden. Auch eine klare Abgrenzung von administrativen und politischen Prozessen im Staat wäre wichtig, damit die Probleme in Griechenland nachhaltig gelöst werden können und klar wird, bei wem die Verantwortung für Versäumnisse und Fehler liegt.

AG II: Die französischen Jugendproteste: Zusammensetzung der Protestbewegung, Kernforderungen und Beziehungen zur sozialistischen Partei.

Input: Maguelone Girardot, Studentin der Politikwissenschaft in Rennes und Eichstätt und Jules Hergault, Student der Politikwissenschaft und Soziologie in Rennes und Berlin

Die französischen Protestbewegungen sind – wenn auch nicht so groß und laut wie in Griechenland – ebenfalls sehr heterogen. Gemeinsam wird jedoch mehr direkte Demokratie, soziale Gerechtigkeit und mehr Umweltschutz gefordert. Seit dem Machtwechsel in Frankreich 2012 haben sich die Loyalitäten zwischen den einzelnen politischen Gruppierungen im Land verschoben. Vor der Wahl Hollandes kämpften die protestierenden Jugendlichen zusammen mit dem linken politischen Spektrum gegen die Sparmaßnahmen und andere politische Schwerpunkte der Regierung Sarkozy. Der Sieg der sozialistischen Partei hat aber nicht zu einem Ende der Proteste geführt, noch immer herrscht eine große Kluft zwischen Protestierenden und Politikern. Beide Lager vertreten heute unterschiedliche politische Positionen und es gibt kaum politischen Austausch zwischen ihnen. Die Sozialisten haben es offenbar nicht geschafft von der demonstrierenden Jugend als politische Vertreter akzeptiert zu werden. Ein möglicher Aus-



weg aus dieser Situation wäre, wenn politisch aktive Jugendliche, die bereits in einer Partei oder Gewerkschaft engagiert sind, sich aktiv bemühen würden, eine Brücke zu den Protestbewegungen zu bauen.

AG III: Spanien: Die Schnittstellen zwischen den neuen sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften als Gestalter der Demokratie.

Input: Helena Schulz Jimeno, spanische Gewerkschafterin

Die neuen sozialen Bewegungen in Spanien (Indignados, Juventud sin Futuro, Democracia Real Ya) definieren sich selbst als partei- und gewerkschaftsunabhängig, ja diesen sogar direkt entgegengesetzt. Die Protestierenden fühlen sich nicht nur von ihren eigenen Regierungen verlassen, sondern sehen auch im Projekt Europa keinen Ausweg aus ihrer dramatischen Lage. Dennoch sind sich die meisten Anhänger darin einig, dass durch die Organisation ihrer politischen Forderungen die neuen Impulse aus der spanischen Gesellschaft weiterentwickelt werden können. Die Kritik an der aktuellen politischen Elite durch die neuen sozialen Bewegungen in Spanien war wichtig, um die Risse und Schattenseiten des Systems ans Licht zu bringen. Nun sollten sich die Protestierenden in der Gesellschaft oder in den Parteien und Gewerkschaften engagieren um diese zu verändern. Nur so kann die Kritik zu einer Erneuerung der etablierten Strukturen führen. Sonst besteht die Gefahr, dass die aktuellen politischen Akteure zu einem Fremdkörper im eigenen Land werden, von dem sich ein immer größer werdender Teil der Gesellschaft abwendet.

AG IV: Impulse für die Sozialdemokratie: Wie muss ein anderes Europa aussehen?

Input: Leon Hahn, stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos Baden-Württemberg und Wjahat Ahmed Waraich, Sprecher des AK Europa der FES-Stipendiat/innen

Die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit ist das gravierendste Problem in Europa, das schnell und wirkungsvoll bekämpft werden muss. Es ist gefährlich, wenn die bestausgebildete Generation in Europa keine Chancen hat, ihr eigenes Geld zu verdienen und damit schon in jungen Jahren um ihre Zukunft bangen muss. Möglich-

keiten dazu wären eine Ausbildungsgarantie wie in Österreich oder die Youth Guarantee, die die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) europaweit etablieren möchte. Auch das Demokratiedefizit in den europäischen Institutionen – wie etwa dem Europäischen Rat – muss endlich beseitigt werden. Es ist nicht im Sinne Europas, dass sich nach jedem EU-Gipfel die jeweiligen Nationalstaaten als „Sieger“ der Verhandlungen präsentieren. Zudem haben gerade in Deutschland die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl, dass die Politiker Europa nicht ausreichend und umfassend erklären können. Europa muss in den Köpfen aller ankommen. Nur dann kann die weit verbreitete Skepsis gegenüber Hilfeleistungen für europäische Krisenländer bekämpft werden und mehr Solidarität für unsere Nachbarn entstehen. Da die Protestbewegungen aber oftmals keine konkreten Umsetzungsstrategien für ihre politischen Ziele haben, ist es auch schwierig für die Sozialdemokratie mit den jungen Menschen in Dialog zu kommen.

Thesen zum Tag von Nicolas Schäfstoß – Gemeinsamkeiten der Jugendprotestbewegungen in Europa

1. Jugendliche in Europa haben das Gefühl, dass sie die Folgen für politische Fehlentscheidungen und Versäumnisse der vergangenen Jahre tragen müssen, obwohl sie diese nicht verursacht haben.
2. Viele der Protestbewegungen verstehen sich nicht als zwingend politisch, d.h. einer Partei oder politischen Richtung zugehörig. Vielmehr empfinden sie sich als die Menschen „von unten“, eine große Mehrheit im Land, die von der Politik schon lange nicht mehr repräsentiert wird.
3. Die Protestbewegungen sind keine europäische Bewegung. Die jungen Menschen möchten kein neues Europa erbauen, sondern den Einfluss der europäischen Institutionen in ihren eigenen Ländern eindämmen. Innerhalb der verschiedenen Protestbewegungen unterschiedlicher europäischer Länder findet kaum Austausch statt.
4. Soziale Medien, wie Twitter oder Facebook, haben an den Dimensionen der Protestbewegungen einen großen Anteil. Gerade in Spanien haben die Gewerkschaften versucht, Demonstrationen zu organisieren, hatten aber bei weitem nicht die Mobilisierungskraft wie die sozialen Netzwerke, die insbesondere junge Menschen verbinden.
5. Medienberichte in verschiedenen Ländern zeichnen oft sehr einseitige Bilder, die nicht der tatsächlichen Situation vor Ort entsprechen. Es findet eine Verkürzung in der Berichterstattung von Protesten in anderen europäischen Staaten statt, die zu einer Missinformation der Menschen in Westeuropa führt.

6. Die Protestbewegungen sind groß, aber sie haben in vielen Fällen bislang keine umsetzbaren politischen Forderungen entwickelt. Es gibt keine klaren Ideen oder Visionen, wie die Probleme von heute gelöst werden können.
7. Der Protest resultiert nicht in konkreten politischen Handlungen. Da politische Vertreter, wie Parteien oder Gewerkschaften, kaum Verbindungen zu den Protestierenden haben, werden deren Anliegen nicht aufgenommen und in den politischen Prozess eingebracht.

WEITERGEDACHT: WELCHE VISIONEN FÜR EIN ANDERES EUROPA HABEN WIR? – eine Podiumsdiskussion

In einer Fishbowl-Diskussion wurden Visionen für ein anderes Europa diskutiert und die Vertreter/innen von Protestbewegungen, Gewerkschaften und Jugendorganisationen aus Griechenland, Spanien und Deutschland zusammengebracht. Nicolas Schäfstoß, SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis Stuttgart-Nord, Leon Hahn, Helena Schulz Jimeno und Charalampos Karpouchtsis setzten sich mit Alternativen für ein sozialeres Europa, den Möglichkeiten einer Demokratisierung der EU-Institutionen, sowie der Regulierung der internationalen Finanzmärkte auseinander.

Helena Schulz Jimeno, spanische Gewerkschafterin, erklärt auf dem Podium, dass selbstverständlich jeder spanische Bürger verstehe, dass alle Schulden zurückgezahlt werden müssten. Die Frage, die sich die Jugend auf der iberischen Halbinsel stelle, sei allerdings „Wie“. „Die spanische Jugend ist sich darin einig, dass das neoliberale Konzept, das dem Land aufgedrückt wurde, nicht zu positiven Resultaten führt. Stattdessen wird das Land kaputtgespart und andere EU-Länder verdienen an den Zinserträgen. Das wollen sich die Jugendlichen nicht mehr gefallen lassen.“ Die neuen sozialen Bewegungen hätten bereits eine ganze Generation, die sich nie zuvor mit Politik befasst hatte, aufgeweckt. Heute würden sie mit ihrem Engagement die Demokratie-tauglichkeit des spanischen Staates überwachen, so



Nicolas Schäfstoß (links), SPD Bundestagskandidat in Stuttgart Nord und Leon Hahn, stellv. JUSO-Landesvorsitzender Baden-Württemberg



Schulz. „Wer in Spanien heute eine Wahl gewinnen und die Zustimmung der Bevölkerung haben möchte, der muss auf jeden Fall versichern, dass er demokratisch, transparent und legitim handeln wird.“ Für Helena Schulz kommt das einem neuen sozialen Vertrag gleich, denn der ursprüngliche wurde in Spanien schon vor einiger Zeit stillschweigend gebrochen. Als Reaktion auf den anhaltenden Spardruck, wendeten sich immer mehr Spanier von der europäischen Idee ab. Während zu Beginn der Krise im Land ein intensiver Schulddiskurs geführt wurde, dominiere heute nur noch Misstrauen. „Zu Recht“, findet Schulz, „denn die Rolle der Troika ist absolut undemokratisch und damit für Europa indiskutabel.“ Europa müsse den Spaniern ein anderes Gesicht zeigen, wenn das Projekt noch weitergehen und unterstützt werden soll, so die Gewerkschafterin.

Charalampos ‚Babis‘ Karpouchtsis, griechischer Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, erzählt, dass der Protest der griechischen Jugendlichen erst durch die Demonstrationen in Spanien richtig angefangen wurde. Über Facebook sei ein Foto von einem Plakat aus Madrid nach Griechenland gelangt, auf dem stand: „Seid leise, damit die Griechen nicht aufwachen“. „Dann erst haben sich Gruppen gebildet, die sich gesagt haben, wir müssen jetzt auch endlich was tun.“ Wie in Spanien, so Karpouchtsis, werde auch in Griechenland kein Dialog geführt zwischen den Bürgern und dem Staat. Der ewige Konflikt zwischen den Protestierenden und den staatlichen Institutionen gipfeln daher regelmäßig im Generalstreik. „In Griechenland findet derzeit ein Ausverkauf statt, selbst das Wasser, Flughäfen oder einzelne Inseln sollen privatisiert werden. Das geht einfach zu weit.“ Das größte Problem, das der Grieche sieht, ist, dass den Menschen auf Europas Straßen nicht zugehört wird. „Ich war in den letzten Monaten in über zehn Protesten dabei, aber es ist so als wären wir überhaupt nicht auf der Straße.“ Karpouchtsis wünscht sich daher nicht mehr Europa, sondern ein anderes Europa. „Ich möchte in der Lage sein, Brüssel kontrollieren zu können. Ich möchte mehr demokratische Mitbestimmung.“

Der Ruf nach mehr Mitbestimmung und Gehörtwerden ist für den stellvertretenden Juso-Landesvorsitzen-

den von Baden-Württemberg, Leon Hahn, eine direkte Folge aus dem Gefühl der Machtlosigkeit vieler Europäer gegenüber der Politik. „Aus dieser Perspektivlosigkeit heraus, sehen viele keine andere Möglichkeit mehr, als laut zu werden und jedes Druckmittel zu nutzen, um sich bemerkbar zu machen.“ Für Hahn geht daher der Weg aus der Krise über eine Demokratisierung Europas. Nationale Interessen dürften nicht immer im Vordergrund stehen. Ziel müsste vielmehr sein, dass das europäische Parlament die Möglichkeit bekommt, Rettungsmaßnahmen selbstständig zu finanzieren. „Wir müssen wegkommen von diesem ‚einzelne Staaten wie Deutschland retten großzügiger Weise den Rest‘.“ Nur wenn Maßnahmen klar der europäischen Union zugeordnet würden, könnten Menschen sehen, dass sie von Europa auch einen direkten Nutzen haben. „Das ist in meinen Augen die einzige Möglichkeit, den Leuten wieder zu zeigen, dass es Sinn macht, ein Teil von Europa zu sein.“ Die Troika hingegen füllt nach Ansicht Hahns nur eine Lücke aus, die aus den Versäumnissen der Politik seit Einführung des Euro resultiert. „Man hat es verpasst, mit der Einführung des Euro die Wirtschafts- und Währungspolitik, aber auch die Fiskalpolitik so zu koordinieren, dass demokratisch legitimierte Institutionen darüber wachen können.“ Wichtig wäre daher, die Troika endlich demokratischer zu gestalten und sie zu verpflichten, sich zu rechtfertigen und Weisungen aus dem europäischen Parlament anzunehmen. Dies müsse einhergehen mit Maßnahmen, die kurzfristig den Spardruck aus den betroffenen Staaten nehmen und langfristig eine Strukturänderung innerhalb der Europäischen Union anstreben. „Es muss klar sein, dass wir jetzt, wo wir eine gemeinsame Währung haben, nicht mehr an einer Angleichung in den europäischen Staaten vorbeikommen werden.“

Auch Nicolas Schäfer, SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis Stuttgart-Nord, sieht ein Vertrauensproblem der Menschen in die Politik und leitet daraus direkt Aufgaben an die politischen Parteien ab. „Die Menschen müssen in Zeiten der europäischen Krise wieder in den Mittelpunkt gestellt werden, damit sie sehen, es geht den Parteien nicht um die Banken oder die Finanzmärkte, sondern es geht wieder um uns.“ Hierbei komme insbesondere den Jugendorganisationen der



Parteien eine wichtige Rolle zu. „Diese sind in Spanien und Griechenland nicht mehr das Bindeglied zwischen den Parteien und dem Protest, wie es vielleicht der Fall in der 68er-Revolte war.“ Ihre Aufgabe wäre jetzt, die Menschen zu ermutigen, den politischen Protest auch in politische Forderungen umzusetzen. Nach Ansicht von Schäfer hat Europa auch ein großes Demokratiedefizit. „Das fängt schon damit an, dass inzwischen Entscheidungen von enormer finanzieller Tragweite innerhalb weniger Tage durch die nationalen Parlamente gepeitscht werden, ohne dass sich das europä-

ische Parlament damit überhaupt befasst hat.“ Menschen würden merken, dass Entscheidungen in einer Geschwindigkeit an ihnen vorbei entschieden werden, der sie nicht mehr folgen können. „Wenn wir Europa vertiefen wollen, dann müssen wir das nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene tun, sondern auch auf politischer.“ Die Sparmaßnahmen in Griechenland betrachtet Schäfer daher mit Sorge. „Ich habe Angst davor, bis zu welchem Punkt man mit dieser Politik geht und was mit den Menschen vor Ort passiert.“ So wie Europa heute konstruiert sei, bevorzuge es manche Länder wie Deutschland, während es andere benachteilige. „Wer Europa will, in einer echten Gemeinschaft, der muss auch bereit sein auf manche Vorteile zu verzichten, damit es den anderen gut geht.“ Man müsse immer wieder daran erinnern, so Schäfer, dass die Ausbildungs- und Arbeitsplätze, die die Jugendlichen hier haben, auch daraus resultierten, dass andere unsere Produkte kaufen. „Ich persönlich glaube, es gäbe nichts Schlimmeres für uns als die Rückkehr zum Nationalismus. Weil am Ende ist das europäische Projekt doch ein Friedensprojekt. Und das vergisst man ganz leicht.“



STIMMEN AUS DEM PUBLIKUM

■ „Die Politiker müssen Vertrauen in uns Bürger haben und eindeutig Stellung beziehen für Solidarität, dann würde auch die Presse anders argumentieren und Griechenland und Spanien hätten nicht so eine Sündenbockrolle.“

■ „Ich stamme aus einer Generation, die die Regierung von Franco in Spanien und das griechische Militärregime noch in sehr guter Erinnerung hat. Es ist noch nicht lange her, da waren beide Länder noch Diktaturen. Daher deprimiert mich das, was wir heute aus Europa hören, unheimlich.“

■ „Politiker müssen den Menschen Europa doch nicht wie eine bittere Pille verkaufen. Sie müssten nur sagen, Europa sichert unsere Arbeitsplätze. Denn das ist die Wahrheit. So wird all das aufs Spiel gesetzt, was das Lebenswerk von Adenauer bis Brandt war.“

■ „Wir müssen uns fragen, was ist das Zentralproblem, das wir hier in Europa haben? Welchen Diskurs müssen wir führen, um aus diesem Dilemma herauszukommen? Wir ha-

ben hier Luxusprobleme und die anderen die stecken bis über die Nase im Sumpf. Wir haben keine demokratische Entwicklung in Europa, seit 2004 wurde die Verfassungsfrage vollkommen liegen gelassen! Wir entwickeln keine europäische Identität, weil wir die eigentliche Kernfrage, was sind wir denn als Europäer, überhaupt nicht diskutieren.“

■ „Warum kommen die Spanier und Griechen eigentlich nicht nach Deutschland zum Protestieren? Es wäre schön, wenn man die jungen Menschen mal bei uns auf der Straße sehen würde. Denn bei uns schläft man ja immer noch den Schlaf der Seligen.“

■ „Die EU ist aus wirtschaftlichen Beweggründen entstanden. Man hat fast den Eindruck, Menschen waren darin gar nicht vorgesehen.“

■ „Es muss für uns klar sein, dass es in Europa immer Unterschiede geben wird. Aber wir müssen endlich aufhören zu fragen, ob Griechenland trotz seiner Defizite dennoch in der Eurozone bleiben darf. Denn das sollte eigentlich selbstverständlich sein.“

Impressum:

© Friedrich-Ebert-Stiftung | Herausgeber: Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg | Dr. Sabine Fandrych (V.i.S.d.P.) | Werastraße 24 | 70182 Stuttgart | Telefon: 0711/24 93 94-3 | Fax: 0711/24 83 94-50 | Mail: info.stuttgart@fes.de | www.fritz-erler-forum.de | www.bayernforum.de | Redaktion: Ulrike Gasser | Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung, Daniel Schneider | Gestaltung: pellens.de | Druck: Henkel GmbH Druckerei, Stuttgart |